



**Beschlossener Leitantrag**

# **Langes Leben im Rhein-Erft-Kreis sozial gestalten.**

**Beschlossen auf dem  
Parteitag der Rhein-Erft SPD  
Samstag, 10. Juni 2006,  
Stadthalle Frechen**

Rhein-Erft  
**SPD**

## PRÄAMBEL

### WIR WOLLEN DIE GESELLSCHAFT DES LANGEN LEBENS.

**Wir entwickeln uns zu einer Gesellschaft des langen Lebens. Die Lebenserwartung steigt durch medizinischen Fortschritt, durch verbesserte Lebensbedingungen und durch Teilerfolge bei der Humanisierung der Arbeitswelt. Es sind traditionelle Themenfelder für die deutsche Sozialdemokratie, an deren positiver Fortentwicklung maßgeblich Einfluss genommen wurde. Dies soll auch in Zukunft so sein.**

Der Mediziner und Wissenschaftler Rudolf Virchow brachte 1852 den Zusammenhang, der Grundlage der Sozialmedizin wurde, auf den Punkt: „Bildung, Wohlstand und Freiheit sind die einzigen Garantien für die dauerhafte Gesundheit eines Volkes.“ Virchow forderte die "volle und unumschränkte Demokratie", ohne die es keinen Wohlstand und keine Gesundheit geben könne.

Die SPD hat in ihrer Geschichte immer für Teilhabe aller Menschen an den Errungenschaften des Fortschritts gekämpft. Nur wenn alle Zugang zu guten Lebensbedingungen haben, kann eine Gesellschaft dauerhaften Wohlstand sichern. Dies galt und gilt weiterhin auch für die soziale Gestaltung gesellschaftlichen Fortschritts.

Die Sozialdemokraten im Rhein-Erft-Kreis verstehen daher den demografischen Wandel nicht als Übel oder als negative Entwicklung. Wir begreifen ihn vielmehr als Herausforderung und Chance, unser Land zu erneuern und unserem Zusammenleben neue Impulse zu geben. Eine älter werdende Gesellschaft bringt nicht nur Kosten mit sich; sie birgt auch große Reichtümer und Potentiale, die genutzt werden können und die wir Sozialdemokraten nutzen wollen.

Die Bundespolitik hat die Herausforderungen der demografischen Entwicklungen lange Jahre nur zögernd angepackt. Zentral stand in der Ära Kohl die Aussage: „Die Rente ist sicher“ für diese falsche Politik des Aussitzens. Erst die Regierung von Gerhard Schröder hat angefangen, mit der Einführung eines kapitalgedeckten Rentenbestandteils die Sozialsysteme an notwendige Veränderungen anzupassen. Wir Sozialdemokraten wissen aber, dass es um mehr als um die Sicherung der Sozialsysteme geht. Es geht darum, ein gesellschaftliches Konzept zu entwickeln, das langes Leben positiv gestaltet, Risiken von Altersarmut und Unterversorgung mindert sowie eine politische Antwort auf den Effekt zurückgehender Geburten findet.

Im Rhein-Erft-Kreis wollen wir die Gesellschaft des langen Lebens nutzen, um den sozialen Zusammenhalt zu stärken. Das Wissen und die Erfahrung älterer Menschen können für die Weitergabe beruflicher Erfahrungen an jüngere Menschen und ein verstärktes bürgerschaftliches Engagement genutzt werden; neue Wohnformen können Perspektiven für ein neues Miteinander der Generationen eröffnen und durch eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf können mehr Möglichkeiten für die persönliche Lebensplanung junger Mütter und Väter sowie neue Ressourcen für unsere Arbeitswelt mobilisiert werden. Die Rhein-Erft SPD setzt darauf, diese Chancen zu nutzen: Wir wollen langes Leben sozial gestalten.

## **Herausforderungen und Lösungsvorschläge**

### **DER RHEIN-ERFT-KREIS VERÄNDERT SICH.**

Der demografische Wandel ist kein Zukunftsszenario, sondern Realität. Wie in den meisten anderen europäischen Staaten verändert sich auch in Deutschland der Bevölkerungsaufbau grundlegend. Einerseits werden wir immer älter, und gleichzeitig sinkt die Geburtenrate. Nach den verschiedenen Prognosen wird die Bevölkerung in Deutschland bis 2050 um 8 oder sogar bis 20 Millionen abnehmen. Mit Sicherheit kann gesagt werden, dass sich das Leben und Arbeiten in unserem Land ändern wird.

Diese Entwicklung betrifft insbesondere die Bevölkerung, die Wirtschaft, den Arbeitsmarkt, den Wohnungsmarkt, die öffentliche Infrastruktur - kurz: unser gesamtes Zusammenleben, und unterstreicht die Notwendigkeit eines kinder- und familienfreundlichen Umfeldes.

Die zurzeit verfügbaren Hochrechnungen für den Rhein-Erft-Kreis reichen lediglich bis zum Jahr 2020. Es ist jedoch erkennbar, dass in den anschließenden Jahren noch weniger Kinder geboren werden, als dies bis 2020 geschehen sein wird. Daraus ergibt sich, dass der prozentuale Anteil an Älteren in der Bevölkerung noch deutlich zunehmen wird.

Ursachen und Bandbreiten des demografischen Wandels sind von Kommune zu Kommune verschieden. Wenn man die Bevölkerungsprognosen bis 2020 für die Kommunen des Rhein-Erft-Kreises betrachtet, schwanken die Werte zwischen einem Rückgang von -1,8 % für Brühl und einem Bevölkerungszuwachs von + 5.8 % für Frechen.

In keiner einzigen Kommune des Rhein-Erft-Kreises wird die Zahl der Jugendlichen bis 18 Jahre bis 2020 zunehmen. Sie wird abnehmen: zwischen 2,3 Prozentpunkte in Hürth und 5,2 Prozentpunkte in Bedburg. Umgekehrt ist die Veränderung in den Altersgruppen ab 60 und ab 80 Jahren. Beide Gruppen werden bis zum Jahre 2020 stark wachsen. Der Anteil der 60 bis 79-jährigen steigt um 54 %; der Anteil der über 80-jährigen steigt sogar um 115 % und wird damit mehr als doppelt so groß sein wie heute.

## **GESAMTKONZEPT UND DOPPELSTRATEGIE FÜR DEN UMGANG MIT DEM DEMOGRAFISCHEN WANDEL IM RHEIN-ERFT-KREIS**

Die Auswirkungen des demografischen Wandels betreffen fast alle Handlungsfelder der kommunalen Politik. Da die Einstellung auf die Folgen und die Chancen einer älter werdenden Gesellschaft als Querschnittsaufgabe aber Gefahr läuft, letztlich in der kommunalen Alltagsarbeit nicht ausreichend berücksichtigt zu werden, wollen wir ein Gesamtkonzept. Sozialdemokraten stehen für ein Umdenken in den kommunalpolitischen Gremien und ein Umdenken von der kurzfristigen, an Wahlperioden orientierten Agenda hin zu einer langfristigen Planung. Von allen Akteuren in den Kommunen muss die stärkere Bereitschaft zu einer ressortübergreifenden Zusammenarbeit eingefordert werden.

Die Rhein-Erft SPD sieht die Entwicklung einer Doppelstrategie als sinnvoll an: Zum einen müssen die notwendigen Anpassungen an die Folgen des demografischen Wandels frühzeitig erkannt und transparent gemacht werden. Nur so können ein bruchfreier Übergang und ein ernsthafter gesellschaftlicher Dialog sichergestellt werden. Zum anderen sollten Ansätze und Maßnahmen entwickelt werden, die die Chancen des Wandels nutzen und den negativen Folgen entgegenwirken.

### **ECKPUNKTE UNSERES KONZEPTES FÜR DEN RHEIN-ERFT-KREIS:**

#### **Handlungsfeld Familie + Bildung**

- Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Ausbau der Grundschulen und weiterführenden Schulen zu Ganztagschulen
- Ausbau der Gesundheitsförderung und Prävention
- Stärkere Vernetzung der Bildungs- und Betreuungsmöglichkeiten
- Integration der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund

#### **Handlungsfeld Arbeit**

- Berufliche Perspektiven für jüngere Arbeitskräfte
- Förderung der Erwerbstätigkeit von Frauen
- Leichterere beruflicher Wiedereinstieg von Eltern nach einer Familienphase
- Förderung der Wertschätzung älterer Arbeitnehmer/ -innen
- Mehr Möglichkeiten zwischen Arbeitsleben und Ruhestand

## **HANDLUNGSFELD KOMMUNALE ENTWICKLUNG**

- Stärkung der Siedlungskerne
- Schaffung von Wohnkonzepten mit multifunktionalen Wohneinheiten, die für alle Bevölkerungsgruppen geeignet sind.
- Mehrgenerationenhäuser: Miteinander von Jung und Alt in den Kommunen fördern
- Aufbau eines familien- und seniorengerechten Nahversorgungsangebots
- Schaffung altengerechter alternativer Wohnformen und Pflegeeinrichtungen
- Anbindung der Wohngebiete an das öffentliche Verkehrsnetz
- Vom Interkommunalen Wettbewerb zur Interkommunalen Kooperation
- Die Finanzierung der Öffentlichen Daseinsvorsorge unter dem Aspekt des demografischen Wandels.

## **HANDLUNGSFELD FAMILIE + BILDUNG**

### **Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf**

Kinderbetreuung und Bildungsangebote sind zwei Faktoren, neue Familien anzuziehen, aber auch Familien im Kreis halten zu können. Die Attraktivität der Kinderbetreuung und der Bildungsangebote entscheidet darüber, ob die Kommunen im Kreis wettbewerbsfähig bleiben. Zur Schaffung eines kinder- und familienfreundlichen Klimas gehören auch ganztägige Betreuungsmöglichkeiten für Kinder unter 3 Jahren.

Greifbar wird der demographische Wandel bei der Planung von Kindertageseinrichtungen. Schon heute ist aufgrund der niedrigen Geburtenzahlen abzusehen, dass zahlreiche Kindergartengruppen zukünftig nicht mehr benötigt werden. Die Kommunen stehen nun vor der Herausforderung, die flächendeckende Kinderbetreuung bei abnehmenden Kindergartengruppen sicherzustellen und den Einstieg in die Betreuung der unter Dreijährigen zu organisieren.

Die Gestaltung des Wandels der Kindertageseinrichtungen sollte sich deshalb vor allem an folgenden Leitlinien orientieren:

- Die wohnortnahe Versorgung mit Kindergartenplätzen muss das Ziel bleiben.
- Die Schaffung von bedarfsgerechten Angeboten zur integrativen Erziehung von Kindern mit und ohne Behinderungen ist notwendig.
- Für eine bessere Vereinbarung von Familie und Beruf müssen mehr Plätze für die Betreuung von unter 3-Jährigen wohnortnah zur Verfügung gestellt werden.

Wir leisten damit wichtige Beiträge für Eltern, Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren, und ermöglichen den Kindern eine gute Förderung.

Die Rhein-Erft SPD möchte, dass Familienzentren nicht bloße Worthülsen bleiben, sondern zu Orten der Begegnung und zu Treffpunkten für Generationen werden.

Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern, setzt sich die Rhein-Erft SPD dafür ein, dass Arbeitgeber verstärkt auch Modelle wie Heim- und Telearbeit anbieten, damit Eltern sich neben ihrer Arbeit auch um ihre Kinder kümmern können.

## **AUSBAU DER GRUNDSCHULEN UND WEITERFÜHRENDEN SCHULEN ZU GANZTAGSSCHULEN**

Qualität und Ausstattung der Schulen sind wichtige Faktoren für die Ansiedlung junger Familien und qualifizierter Arbeitskräfte. In den Kommunen müssen die Grundschulen und weiterführenden Schulen verstärkt zu Ganztagschulen ausgebaut werden. Diese sind auch ein Baustein für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Das Schulangebot muss an die jeweiligen Bedingungen vor Ort angepasst werden. Wenn demografische Veränderungen es erfordern, dürfen gemeinsame Schulangebote kein Tabu mehr sein.

## **AUSBAU DER GESUNDHEITSFÖRDERUNG UND PRÄVENTION**

Wir wissen heute viel über die Wechselwirkung von Armut, Bildung und Gesundheit und wollen dieses Wissen in das Präventionssystem einbringen. Die heute erst im Ansatz bestehenden Angebote der Gesundheitsförderung müssen vor Ort ausgebaut werden. Es muss uns gelingen, durch Maßnahmen der Prävention Benachteiligungen in der Gesundheitsversorgung zu verringern.

## **STÄRKERE VERNETZUNG DER BILDUNGS- UND BETREUUNGSMÖGLICHKEITEN**

Hierzu ist eine engere Kooperation von Kindertageseinrichtungen und Grundschulen erforderlich, um zu gewährleisten, dass vorschulische Bildungsaktivitäten angeboten und Kinder besser auf den Schulalltag vorbereitet werden. Die Angebote der Jugendarbeit und Jugendhilfe sowie die Förderangebote von Musikschulen und Sportvereinen müssen stärker mit den Schulangeboten vernetzt werden. Dabei sollten flexible Nutzungskonzepte für Kindertagesstätten, Jugendeinrichtungen und Schulen entwickelt werden. Jugendarbeit und Jugendhilfe soll ihren Beitrag bei der Integration und Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund leisten.

Im Bereich der beruflichen Bildung und der Erwachsenenbildung bilden die fünf Berufskollegs und die Volkshochschulen im Rhein-Erft-Kreis eine wichtige Voraussetzung, um Bildung und Qualifizierung voranzubringen.



## **INTEGRATION DER KINDER UND JUGENDLICHEN MIT MIGRATIONSHINTERGRUND**

Ein Kernbestandteil unserer Präventionsstrategie ist die Integration der Menschen mit Migrationshintergrund. Die Notwendigkeit der Integration ergibt sich besonders für die Kinder und Jugendlichen. Gerade vor dem Hintergrund des demographischen Wandels und dem damit absehbaren Mangel an Facharbeitskräften ist es eine entscheidende Frage, ob es gelingt, die Potentiale von jungen Leuten mit Migrationshintergrund zu fördern, zu entwickeln und positiv zu nutzen statt zu ignorieren oder gar verfallen zu lassen.

Fast ein Drittel aller Kinder und Jugendlichen in Deutschland kommt aus Migrantenfamilien. Für viele von ihnen ist es schwerer als für ihre Altersgenossen ohne Migrationshintergrund, ihre Talente zu entfalten. Unser Bildungssystem hat sich bislang als nicht genügend „integrations-tauglich“ erwiesen. Deshalb fehlt es an der Chancengleichheit der meisten Kinder aus Migrantenfamilien. Sie benötigen besondere Unterstützung, Ermutigung und ein Gemeinwesen, das mit sozialer Vielfalt zum Vorteil für alle umzugehen weiß. Dafür treten wir ein.

Bereits im Vorschulalter muss damit begonnen werden, die Potentiale der Kinder mit Migrationshintergrund zu fördern. Die planmäßig vermittelte Fähigkeit, die deutsche Sprache zu beherrschen, ist ein unverzichtbarer Schlüssel zum persönlichen Erfolg in Schule und Beruf. Wir fordern ein ausreichendes Angebot an Sprachkursen und sehen es als Verpflichtung der Eltern an, die Integrationsarbeit, insbesondere die Elternarbeit von Kindertageseinrichtungen und Schulen, zu unterstützen und die ihnen angebotenen Sprachkurse im Interesse ihrer Kinder zu besuchen.

## **HANDLUNGSFELD ARBEIT**

### **BERUFLICHE PERSPEKTIVEN FÜR JÜNGERE ARBEITSKRÄFTE**

Eine Folge des drastischen Rückgangs an Arbeitskräften ist der heute schon spürbare Fachkräftemangel, der sich weiter verschärfen wird. Die Unternehmen suchen qualifizierten Nachwuchs. Die Bindung qualifizierter Fachkräfte an eine Region wird in Zukunft immer stärker zu einem Erfolgsfaktor für die wirtschaftliche Entwicklung werden. Bei zunehmendem Fachkräftemangel können fehlende Arbeitskräfte für viele Kommunen zu einem bedeutenden Standortnachteil

werden und Betriebe dadurch in ihrer Existenz gefährden. Auch das Potenzial für Betriebsnachfolgen und Existenzgründungen hängt stark von der Bindungskraft für junge Menschen ab.

### **FÖRDERUNG DER ERWERBSTÄTIGKEIT VON FRAUEN**

Es gehört zu den großen gesellschaftlichen Skandalen unserer Zeit, dass in unserem Land Frauen immer noch keine gleichen Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt vorfinden. Es ist volkswirtschaftlich schädlich, dass Frauen ihre Kompetenzen für unsere Volkswirtschaft nicht gleichermaßen einbringen können wie Männer. Überall dort, wo wir als Sozialdemokraten wirken, werden wir die Erwerbstätigkeit von Frauen weiter fördern.

### **LEICHTERER BERUFLICHER WIEDEREINSTIEG VON ELTERN NACH EINER FAMILIENPHASE**

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss wesentlich verbessert werden. Es müssen Möglichkeiten eines schnelleren beruflichen Wiedereinstiegs nach einer Familienphase geschaffen werden. Dazu sind vermehrte Angebote zur beruflichen Weiterbildung erforderlich bei gleichzeitigem Ausbau der Kinderbetreuungsmöglichkeiten. Betriebe sollen für lokale Bündnisse für Familien gewonnen werden. Durch flexible Arbeitszeiten, Rahmenverträge mit Familien-Service-Beratungen oder eigene Betreuungsangebote können auch die Unternehmen ihren Teil zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf beitragen.

### **FÖRDERUNG DER WERTSCHÄTZUNG ÄLTERER ARBEITNEHMER/ -INNEN**

In den nächsten Jahren wird der Anteil der Älteren in den Unternehmen steigen. Eine ältere Belegschaft ist jedoch keineswegs weniger innovativ oder leistungsstark als eine jüngere: Vie-

les hängt davon ab, ob das Erfahrungswissen Älterer produktiv genutzt wird. In altersgemischten Belegschaften können die Kompetenzen und Erfahrungen der Älteren mit dem Wissensdrang der Jüngeren verbunden werden. Hier setzen Initiativen wie "Arbeit und Innovation im demografischen Wandel" (arbid NRW) oder "Betriebsinitiative Demografischer Wandel" (bdw Region Köln) an. Qualifizierungsangebote, Maßnahmen zur Humanisierung der Arbeitswelt und Teilzeitangebote können einen längeren Verbleib Älterer in den Betrieben und eine größere Arbeitszufriedenheit unterstützen.

Deshalb fordern wir ganz besondere Anstrengungen von allen Beteiligten ein, um die Beschäftigungsaussichten von Älteren auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern. Wir unterstützen das Projekt 50plus von Bundesarbeitsminister Franz Müntefering, dass Arbeitsmarktinstrumente für Ältere gebündelt und geschärft werden, z.B. in regionalen Beschäftigungspakten für Ältere. Wir treten dafür ein, dass ältere Menschen nicht zu früh aus dem Erwerbsleben gedrängt werden dürften und Qualifizierungsmöglichkeiten erhalten, um wieder im Erwerbsleben dabei zu sein.

Auch die Stärkung der betrieblichen Gesundheitsförderung ist ein wichtiges Instrument. Sie hilft in den Betrieben und Verwaltungen mit, Ursachen für Erkrankungen zu bekämpfen, statt nur die Symptome zu kurieren. Daher unterstützen wir betriebliche Gesundheitsförderung, denn sie ist ein Gewinn für alle Beteiligten. Sie muss in unserer Region zu einem wichtigen Instrument moderner Personalpolitik in den Unternehmen und Verwaltungen werden.

## **MEHR MÖGLICHKEITEN ZWISCHEN ARBEITSLEBEN UND RUHESTAND**

Immer mehr Menschen werden immer früher aus der Arbeitswelt entlassen. Sie verfügen über Fähigkeiten und Kenntnisse, Lebenserfahrung und Kompetenz, die die Gesellschaft gegenwärtig nicht nutzt.

Das vorhandene Potential dieser Menschen, also ihr Wissen und ihre Lebenserfahrung, ist ein wichtiges Gut, das sowohl von ihnen weitergegeben, als auch von jungen Menschen aufgenommen werden kann. Für diese Zwecke müssen z.B. Netzwerke geschaffen werden. So ist auch nach Ausscheiden aus dem Erwerbsleben das Wissen für Handwerksbetriebe und junge Unternehmen von unschätzbarem Wert. Natürlich können die ‚jungen Alten‘ auch Gemeinwesenarbeit z.B. in den Stadtteilen unterstützen.

## **HANDLUNGSFELD KOMMUNALE ENTWICKLUNG**

### **STÄRKUNG DER SIEDLUNGSKERNE**

Sinkende Einwohnerzahlen und das Überangebot an Wohneinheiten werden Kommunen dazu zwingen das Wachstumsdenken aufzugeben.

Hierzu müssen Stadtumbaumaßnahmen erarbeitet werden, die dem Interesse der neuen Bevölkerungsstruktur entsprechen. Service- und Unterstützungseinrichtungen wie Beratungsstellen, Notfalldienste, medizinische Zentren und kulturelle Angebote müssen wohnungsnah sein. Das Nahversorgungsangebot muss optimal gestaltet werden. Die Siedlungszentren bedürfen einer guten Anbindung an das öffentliche Verkehrsnetz.

Die Kommunen müssen bereits heute darauf hinwirken, dass vorrangig die innerstädtisch zur Verfügung stehenden Brach- und Baulandreserven ausgewiesen werden. Durch Schließung von Baulücken sowie der Um- und Wiedernutzung vorhandener Bebauung kann der vorhandene städtebauliche Bestand intensiv genutzt werden. Die Erhaltung vorhandener Ortsbilder wie z.B. das typische rheinische Straßendorf, könnte das Ausbluten der Ortskerne verhindern. Innerstädtische Umbaumaßnahmen sollten dem Ziel der zukunftsorientierten Nutzung folgen.

### **SCHAFFUNG VON WOHNKONZEPTEN MIT MULTIFUNKTIONALEN WOHNEINHEITEN, DIE FÜR ALLE BEVÖLKERUNGSGRUPPEN GEEIGNET SIND.**

Bis heute ist die begehrteste Form der Wohnraumbeschaffung der Erwerb eines Eigenheimes oder einer Eigentumswohnung. Mit dem Rückgang der Altersgruppe der 30- bis 45-Jährigen, die etwa die Hälfte der Erwerber von Wohneigentum ausmachen, wird diese Form des Wohnungsmarktes einen empfindlichen Rückschlag erleiden. An seine Stelle werden jedoch andere, bisher kaum bekannte Wohnformen treten, wie zum Beispiel Wohnkonzepte mit multifunktionalen Wohneinheiten, die für Familien, Wohngemeinschaften, Senioren und Behinderte geeignet sind. Dazu zählen auch „mitwachsende Häuser“, die sich mit geringem Aufwand den wechselnden Bedürfnissen entsprechend erweitert oder sich verkleinern lassen können, genossenschaftliche Wohnprojekte, Mehrgenerationenhäuser. Die Qualität des Wohnraums wird eine bedeutende Rolle spielen, und der Wohnraum selber muss der veränderten Altersstruktur angepasst sein, um attraktiv zu sein.

## **MEHRGENERATIONENHÄUSER: MITEINANDER VON JUNG UND ALT IN DEN KOMMUNEN FÖRDERN**

Was früher selbstverständlich war, wird immer mehr zur Ausnahme. Jung und Alt leben heute getrennt und nicht mehr unter einem Dach. Miteinander leben ist aber die Voraussetzung, um Verständnis füreinander zu entwickeln. Die Schaffung von generationenübergreifenden Einrichtungen in Mehrgenerationenhäusern ist ein Weg, das Miteinander der Generationen in den Vordergrund zu stellen. In einigen Kommunen ist beispielsweise ein Kindergarten in einem Altenheim untergebracht worden. Traditionell sind gerade auch Kinderspielplätze Treffpunkte von Jung und Alt. Die Kinder lernen dadurch ein natürliches Verhältnis im Umgang mit Senioren, während andererseits der Vereinsamung der Senioren entgegengewirkt wird.

Ein weiteres Beispiel ist die Einrichtung einer gemeinsamen Wohnanlage für Jung und Alt. Hier wohnen Senioren und junge Familien nebeneinander und unterstützen sich gegenseitig beim Babysitting oder Einkaufen. Für uns Sozialdemokraten sind das Wege, das Miteinander von Jung und Alt zu fördern.

## **AUFBAU EINES FAMILIEN- UND SENIORENGERECHTEN NAHVERSORGUNGSANGEBOTS**

Ein weiterer wesentlicher Standortfaktor ist der Aufbau eines sowohl familien- als auch seniorenrechtlichen Nahversorgungsangebotes, welches sich durch zentrumsnahes Wohnen mit kurzen Wegen zur Arbeit, zum Kindergarten, zur Schule, zum Einkauf, zum Arzt, zu den Behörden und zu attraktiven Freizeit- und Kulturangeboten auszeichnet.

## **SCHAFFUNG ALTENGERECHTER ALTERNATIVER WOHNFORMEN UND PFLEGEEINRICHTUNGEN**

Durch die zunehmende Alterung der Bevölkerung wird die Zahl der Pflegebedürftigen und Demenzkranken dramatisch zunehmen. Die zur Verfügung stehenden Heimplätze reichen in Zukunft bei weitem nicht mehr aus. Neben dem Neubau von Pflegeheimen muss der Rhein-Erft-Kreis zusammen mit den Kommunen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass verstärkt Wohnungen mit betreutem Wohnen und Tagespflegeplätze errichtet werden. Die Menschen möch-

ten aber auch im Alter in ihrem bekannten Wohnumfeld und möglichst selbstbestimmt leben. Gemeinschaftliches Wohnen scheint für viele ältere Menschen eine passende Lösung für ein selbstbestimmtes Leben und Wohnen im Alter zu sein, dies betrifft auch die Aufnahme Demen-ter in so genannte "Alten-WG`s". Hier hat die SPD immer eine Gesamtstrategie für Demen-te und deren Angehörige gefordert, die über Wohnformen bis zur qualifizierten Pflege und in-novativen Therapien reichen und die vor Ort umgesetzt werden muss.

## **ANBINDUNG DER WOHNGBIETE AN DAS ÖFFENTLICHE VERKEHRSNETZ**

Der sich stark vergrößernde Personenkreis der über 70-jährigen wird immer mehr auf den Öffentlichen Nahverkehr angewiesen sein. Um diesem Bedürfnis gerecht zu werden, ist die Anbindung aller Ortsteile an den ÖPNV erforderlich. Dies kann geschehen durch den Ausbau und die Optimierung des Stadtbussystems, des Anruf-Sammel-Taxi-Systems (auch städteüber-greifend), den Einsatz kleinerer Busse oder Bus-Taxen.

## **VOM INTERKOMMUNALEN WETTBEWERB ZUR INTERKOMMUNALEN KOOPERATION**

Dem interkommunalen Wettbewerb um Einwohner, Betriebe und Steuereinnahmen lag die An-nahme der Notwendigkeit stetigen Wachstums von Bevölkerung und Wirtschaft zu Grunde. Unter den Bedingungen einer dauerhaft schrumpfenden Gesellschaft gewinnen interkommuna-le Kooperationsmodelle an Bedeutung.

Die zu erwartende Stagnation bzw. der zu erwartende Rückgang der Bevölkerungszahlen macht eine kritische Bestandsaufnahme der Flächenentwicklung im Rhein-Erft-Kreis und in der Region notwendig. Auch wenn die Gleichung „Rückgang der Bevölkerung = Rückgang des Flächenverbrauchs“ sicher falsch ist, ist eine stetige Neuausweisung von Baulandflächen genau-so falsch. Die Rhein-Erft SPD fordert einen regionalen Konsens und setzt sich in der Region Köln-Bonn für eine gemeinsam abgestimmte Bauland- und Gewerbeflächenpolitik ein.

Zudem wollen wir alle Angebote der kommunalen Daseinsvorsorge auf mögliche Synergiepo-tentiale einer regionalen Kooperation überprüfen.

## **DIE FINANZIERUNG DER ÖFFENTLICHEN DASEINSVORSORGE UNTER DEM ASPEKT DES DEMOGRAFISCHEN WANDEL.**

Die demografischen Veränderungen wirken sich bis in die Finanzen der Öffentlichen Hand aus. Die kommunalen Steueranteile hängen von der wirtschaftlichen Entwicklung (insb. Gewerbesteuer, Umsatzsteueranteil) oder Eigentum von Grundvermögen (Grundsteuer) ab. Es ist zu vermuten, dass die Veränderung der Anteile jüngerer und älterer Menschen an der Bevölkerung wirtschaftliche Auswirkungen hat, zumal die Altersversorgung derzeit ohne Eigenvorsorge langfristig als nicht mehr gesichert angesehen werden kann.

Auf der Einnahmenseite ist weiter zu berücksichtigen, dass derzeit die Systeme des Finanzausgleichs die Einwohnerzahl als eine von mehreren Berechnungsgrößen enthalten. Dort, wo überdurchschnittliche Rückgänge zu verzeichnen sind, schlägt dies direkt auf Zuweisungen durch.

Bei kostendeckenden Einrichtungen, die ihren Aufwand nach Benutzerschlüssel aufteilen, ist mit Gebührensteigerungen zu rechnen. Weniger Frischwasserverbrauch oder weniger Müllaufkommen heißt nicht, dass die Infrastruktur von Kanälen oder Müllfahrzeugen weniger wird. Gleicher Aufwand bei geringerer „Nachfrage“ bedeutet Gebührensteigerungen. Und in Einrichtungen mit Teildeckung, vor allem im Kulturbereich, verringern weniger Nutzer den Kostendeckungsgrad, was weitere kommunalpolitische Diskussionen auslösen wird.

Auf der Ausgabenseite sind ganz besonders drei Handlungsfelder betroffen. Die notwendige Verstärkung von Integrationsleistungen wird nicht ohne Ressourcenaufwand möglich sein. Die Verbesserung der Kinderbetreuung und –förderung zur besseren Vereinbarkeit von Kind und Beruf wird nicht kostenneutral zu realisieren sein. Und der größer werdende Anteil ältere Menschen wird zu höheren Ausgaben bei Grundsicherung, sozialen Hilfen und Krankenbetreuung führen.

Die SPD Rhein-Erft sieht sich deshalb vor die Notwendigkeit gestellt, die notwendigen Maßnahmen und Initiativen finanzierbar zu machen. Dies wird nur durch behutsame Verschiebungen von Prioritäten gelingen.

## **HERAUSFORDERUNGEN ANNEHMEN, CHANCEN MUTIG ERGREIFEN**

Der demographische Wandel findet statt, wir können ihn nur in Grenzen beeinflussen. Die Menschen werden immer älter. Darüber freuen wir uns. Es ist ein Fortschritt als Ergebnis unendlich vieler Anstrengungen. Die älter werdenden Menschen müssen weiter die Möglichkeit haben, ein erfülltes Leben zu führen und am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Es werden immer weniger Kinder geboren. Kinder sind unsere Zukunft, ohne sie ist unser Leben ärmer. Dennoch sind Kinder eine persönliche Entscheidung der Eltern, in die die Politik nicht einzugreifen hat. Diese Entscheidung soll bewusst und ohne wirtschaftliche und soziale Zwänge getroffen werden. Daher müssen wir die Chancen für die Kinder und ihre Eltern verbessern.

Trotzdem, beide Entwicklungen zugleich - immer ältere Menschen und immer weniger Kinder - führen dazu, dass die Bevölkerung insgesamt immer älter wird. Konservativen Kräften mag dies als willkommener Vorwand zum Abbau unserer Systeme der sozialen Sicherung dienen. Dagegen wehren wir uns. Wir wollen die Auswirkungen der demografischen Entwicklung aktiv gestalten. Dies ist eine Herausforderung für uns, wir nehmen sie an.

Für unser kommunalpolitisches Handeln müssen wir davon ausgehen, dass in absehbarer Zukunft weniger Menschen in unseren Städten und Gemeinden leben und dass diese Menschen in der Gesamtheit immer älter sind. Das fordert tief greifende Veränderungen auf allen Feldern. Wir wollen älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern möglichst lange ihre Teilnahme am Arbeitsleben ermöglichen. Dafür müssen wir das Bewusstsein beeinflussen, aber auch Möglichkeiten zu Weiterqualifizierung anbieten. Wir wollen bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf neue Wege gehen.

Wir wollen das Miteinander von Jung und Alt in unserem sozialen Leben, am Arbeitsplatz, in den Vereinen, in den Wohngebieten und in den Familien fördern. Wir wollen die Stadtentwicklung auf die Kerne der Wohnlagen konzentrieren und diese für jedermann zu wirtschaftlichen Bedingungen erreichbar machen. Qualität geht vor Quantität. Nicht mehr den Mangel an Angeboten beseitigen ist in Zukunft unsere Aufgabe, sondern Umwandeln der vorhandenen Angebote für weniger, aber andere Nachfrage.

**Das ist die Chance einer Gesellschaft des langen Lebens.** Nicht Schwarzmalerei, Zukunftspessimismus und Sozialabbau sind unsere Wege, sondern neue Ideen und mutiges Gestalten der Zukunft.